

# VORAN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Gründung des  
Spartakusbundes

Seite 4 und 5



Nr. 82 — März/April 1986  
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

Ein neuer Skandal ist in aller Munde: Gegen den Kanzler wird wegen des Verdachts auf Falschaussage ermittelt! Diese Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beziehen sich auf die Spendenaffäre, in der es um Steuerhinterziehung ging.

Man sollte jedoch über den neuen Kohl-Skandal nicht vergessen, daß unser ganzes System skandalös ist!

## Skandalös!

Die Parteienfinanzierung ist ein Teil der unterschiedlichsten Möglichkeiten, die die Großunternehmen zur Steuerhinterziehung haben. Sie hat den Vorteil, daß man nicht nur Geld spart, sondern dabei auch sehr gute Möglichkeiten hat, den „demokratischen“ Entscheidungsprozeß der Parteien zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Eine weitere Variante (diesmal legal): Der Siemens-Konzern, der über mehr Finanzkapital verfügt als die irische Volkswirtschaft, nämlich über 20 Milliarden bar, hat 14 Milliarden steuerfreie „Risikorücklagen“ und 23 Milliarden steuerfreie „Pensionsgelder“. Soviel benötigt er nicht für die angegebenen Zwecke, aber das kontrolliert niemand. Auf diese Weise spart der Konzern 3,2 Milliarden an Steuern. Das entspricht der Ausbildungsförderung für eine Million Studenten und Schüler!

Zusätzlich besteht noch die Möglichkeit, Schmiergelder offiziell von der Steuer abzusetzen. Also nicht nur, daß so z.B. Entwicklungsländer „überzeugt“ werden, Telephonnetze anzuschaffen, die sie eigentlich überhaupt nicht brauchen und so dem Konzern riesige Gewinne einbringen — nein, er verdient noch an der Besteuerung der zuständigen Stellen!

Aber auch sonst wird es den Unternehmern leicht gemacht, Gelder zurückzuhalten, und dem Staat entgehen jährlich Milliarden an Steuern, die ihm gesetzlich zustünden.

Da liegt der eigentliche Skandal. Wer schon hat, dem wird gegeben, und wer nichts hat, der kann sehen, wo er bleibt!

Ein normaler Arbeiter oder Angestellter hat gar keine Möglichkeit, sich außer der Reihe — legal oder illegal — zu etwas mehr flüssigen Mitteln zu verhelfen, bei ihm werden die Steuern sofort abgezogen.

Und wir werden aufgefordert, Opfer zu bringen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden und es wieder aufwärts geht!

Ein Staatssekretär erhält 12.000 DM im Monat, ein Länderminister 18.000 DM. Klar, daß da der Bundeskanzler nicht drunterbleiben kann: Er bekommt monatlich 20.942,52 DM.

Die andere Seite: Ein Auszubildender erhält im ersten Lehrjahr ca. 550 DM, und die meisten Arbeiterfamilien müssen mit 2000 DM netto auskommen (und kein Herr Flick kommt und bietet ihnen eine „kleine Unterstützung“).

Würden all die Gewinne der Unternehmer gerecht verteilt, und hätte die Bevölkerung ein Wörtchen mitzureden bei der Ausgabe der Steuer-gelder, dann wäre ein Mindestlohn von 1500 DM netto für jeden überhaupt kein Problem!

Barbara Kirschbaum, Köln  
Jungsozialistin

# Für SPD-Offensive gegen Unternehmer-Regierung

Die Kohlregierung macht zur Zeit auf Optimismus und triumphiert mit Wachstumszahlen, für die sie gar nichts kann. Natürlich versucht die CDU, aus der wirtschaftlichen Lage Kapital zu schlagen. Doch die SPD muß die Tatsachen darlegen.



Der Aufschwung findet in den Taschen der Unternehmer statt; die Arbeitnehmer werden in den jetzt laufenden Tarifverträgen weiterhin zu maßvollen Abschlüssen angehalten; 3% - 4% Lohnerhöhungen fangen nicht die Reallohnverluste der letzten Jahre auf. Der Aufschwung wirkt sich in keiner Weise auf die Massenarbeitslosigkeit aus. Daran wird sich auch nichts ändern, anderslautende Behauptungen der Kohlregierung sind eine ebensolche Lüge wie seinerzeit das Lehrstellenversprechen. Die Preisstabilität wird erkaufte zu Lasten der Dritten Welt, z.B. durch Druck auf die Rohstoffpreise (Öl, Zinn); die Inflation wurde dorthin verlagert, wird aber unweigerlich wieder auf die Industrieländer zurückgeschlagen. Die kommende Weltrezession ist so sicher wie das Amen in der Kirche, (wahrscheinlich im Jahr 1987), denn der Aufschwung bedeutet keine grundlegende Erholung des kapitalistischen Krisensystems.

Die SPD-Führung hat also keinen Grund, wegen der Wachstumsprognosen von 3%-4% kleinlaut zu werden. Sie muß die Wähler mit diesen Fakten aufklären. Sie muß die Skandale, in die die CDU verwickelt ist, für eine Offensive gegen die Regierung nutzen. Warum überläßt man hier Herrn Schily und den Grünen die Initiative?

Sie muß sich deutlicher hinter die Gewerkschaften in der § 116-Frage

stellen. Warum startet die SPD-Spitze nicht ebenfalls eine Mobilisierungskampagne in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften? Warum wird nicht eindeutig erklärt, daß im Falle eines Wahlsiegs der SPD die Änderung des § 116 wieder rückgängig gemacht und die Aussperrung gesetzlich verboten wird, wie es auch der Essener Parteitag beschlossen hat?

## Moralappell statt Aussagen

Die SPD-Spitze baut offenbar auf ein anderes Wahlkampfkonzept: Die Zeitungsanzeigen und Aufrufe, wie „Den Anstand wahren“ und „Versöhnen statt spalten“ haben viele SPD-Anhänger verärgert; in den ganzseitigen Zeitungsanzeigen wurde kein einziges Mal die SPD namentlich erwähnt; die Bundesregierung wird darin als „unser aller Bundesregierung“ bezeichnet. Nein, die Kohlregierung ist nicht „unsere“ Regierung, sie ist die Regierung des Kapitals. Ein Großteil der Bevölkerung hat Kohl bewußt nicht gewählt; wie kann Rau sagen, daß Kohl uns alle vertritt?

Während Rau mit solchen unglücklichen Anzeigen den Wahlkampf eröffnet, wird der Mitgliedschaft gleichzeitig im SPD-Mitgliedermagazin Zurückhaltung auferlegt: Man solle nicht zu früh mit dem Wahlkampf beginnen und den Kan-

didaten nicht verschleißen.

Wenn sich Funktionäre und Bases nicht bald voll in den Wahlkampf stürzen, könnte es eher zu spät werden. Denn ob es uns paßt oder nicht: Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Ankündigung von Rau, er wolle alle Kürzungen der CDU-Regierung wieder rückgängig machen, wäre eine klare und gute Aussage gewesen, die sehr mobilisierend gewirkt hätte. Doch den Parteioberen ging das schon wieder zu weit; Rau mußte sie zurücknehmen. Motto: „Lieber nichts versprechen und nichts halten müssen“. Eine solche Strategie geht ins Auge. Wie sollen wir ohne klare Aussagen Wähler gewinnen?

Die Forderung, den Nazi-Verbrecher Rudolf Heß freizulassen, die Rau kürzlich bei seinem USA-Besuch erhoben hat, löste bei SPD-Anhängern und Mitgliedern ebenfalls große Entrüstung aus.

## Stammwählerschaft mobilisieren

Die SPD-Spitze schielt offenbar auf CDU-Wähler und glaubt, sie durch solche Parolen gewinnen zu können. Doch dieses Konzept hat auch in NRW so nicht funktioniert. Der Sieg Raus in NRW ist vor allem auf die Enttäuschung mit der Bundesregierung zurückzuführen, nicht

auf einen begeisterten Zustrom zur SPD.

Dies ist auch nur zu erreichen durch begeisternde Aussagen und Perspektiven. Das bisherige Wahlkampfkonzept demoralisiert die Anhänger und Mitglieder. Stammwähler werden vor den Kopf gestoßen. Doch sie sind es, die durch begeisterten und engagierten Wahlkampfeinsatz mobilisieren und Zweifler überzeugen müssen.

Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte eine echte Chance zur absoluten Mehrheit, das zeigen die guten Wahlergebnisse im Saarland, in NRW und in den Städten Schleswig-Holsteins. Doch wenn die Parteiführung weiterhin eine solche Wahlkampfstrategie fährt, könnte diese Chance vertan werden.

Wir brauchen klare Aussagen, den Mut, auch Forderungen zu stellen, die im Konflikt mit dem Kapital durchgesetzt werden müssen. Wir brauchen eine offensive Auseinandersetzung mit der CDU.

Der Niedersachsenwahlkampf ist eine gute Möglichkeit, damit zu beginnen. Wenn wir in Niedersachsen gewinnen, haben wir die Mehrheit im Bundesrat, können die skandalöse Politik der Kohlregierung behindern und so weitere Wähler gewinnen.

Angela Bankert, Köln  
Jungsozialistin

# Sozialistische Politik notwendig

## KAMPFFONDS Jugend - spendet für VORAN!

### Neue Helmat unter Arbeiterkontrolle

Die CDU vergießt zur Zeit Krokodilstränen über die Lage der Mieter der Neuen Heimat. Hat man je gehört, daß sie sich seinerzeit über die Praktiken des bundesweit bekannten Kölner Wohnungshais Kaußen beschwert hat? Ist es etwa nicht diese Bundesregierung, die den Mieterschutz gelockert und die Rechte der Mieter eingeschränkt hat?

Nein, der Kohlregierung geht es sicher nicht um die Interessen der Mieter, sondern darum, die Gewerkschaft in Mißkredit zu bringen. Der Zeitpunkt ist für sie gerade recht, um einen Angriff gegen die Gewerkschaften zu fahren, die gegen die Änderung des Streikparagrafen 116 mobilisieren. Auch weigert sich die Bundesregierung, der Neuen Heimat im Interesse der Mieter finanziell zu helfen, obwohl sonst alle möglichen angeschlagenen Konzerne mit staatlicher Unterstützung rechnen können. Dies alles ist eine ungeheure Heuchelei.

#### Kollegen verunsichert

Viele Kollegen sind verunsichert. Sie wissen einerseits, daß sie die Angriffe der CDU auf die Gewerkschaft zurückweisen müssen. Andererseits fühlen sie sich unwohl in Anbetracht der bekannt gewordenen Praktiken bei der Geschäftsleitung der Neuen Heimat.

Denn eins muß leider gesagt werden: Die Gewerkschaftsspitze hat mit der Neuen Heimat Vorwände und Angriffsflächen für die Rechte geboten. Selbst führende Gewerkschafter und Sozialdemokraten sind entsetzt über das Geschäftsgebaren dieser Firma.

Aber ist es nicht ein gewerkschaftseigenes Unternehmen? Saßen nicht viele führende Gewerkschafter selbst in den Aufsichtsräten? Würden sie nichts von den fürstlichen Jahresgehältern eines Herrn Vietor?

Aktive Gewerkschafter müssen sich fragen, wie es überhaupt dazu kommen konnte. **W**in wichtiger Grund ist sicherlich der: Solange auf dem Wohnungsmarkt das Profitprinzip herrscht, kann ein Unternehmen, auch wenn es sich gemeinnützig nennt, letzten Endes nicht daran vorbei. Das ist auch die Erfahrung mit allen verstaatlichten Wirtschaftsbereichen. Man kann mit ihnen keine Inseln im Meer des Kapitalismus aufbauen und sich der Marktlogik und dem Konkurrenzprinzip entziehen. Dies führt dazu, daß fast alle öffentlichen, gewerkschaftseigenen oder auch „alternativen“ Unternehmen ihren Kunden keine wesentlich besseren Bedingungen bieten als die kapitalistischen Unternehmen.

#### Gesamte Wohnungswirtschaft enteignen

Der Wohnungsmarkt wird von Versicherungskonzernen, Baulöwen, Bodenspekulanten, Banken und Maklern beherrscht. Doch hier geht es nicht um ein vernünftiges Dach über dem Kopf für Millionen Menschen. Angemessener Wohnraum darf keine Handes- und Spekulationsware, sondern muß ein grundlegendes Recht jedes Menschen sein. Dies kann die kapitalistische Marktwirtschaft mit ihrem Profitprinzip nicht gewährleisten. Deshalb muß die erste Schlußfolgerung aus dem Fall Neue Heimat lauten: Verstaatlichung der gesamten Wohnungswirtschaft einschließlich Versicherungen und Banken. Denn eine vernünftige Wohnung gehört zur Existenzgrundlage und muß von der Gesellschaft garantiert werden können.

Doch die nächste wichtige Frage ist: Wie soll ein solcher verstaatlichter Bereich, der die Mehrheit der Branche umfaßt (es geht nicht um kleine Handwerksbetriebe im Bausektor), kontrolliert werden? Denn eins hat sich auch gezeigt. Verstaatlichen und dieselben Manager weitermachen lassen (wie in Frankreich unter Mitterand), Staatsbeamte (wie in den Ostblockstaaten) oder Funktionäre mit riesigen Gehältern (wie bei der Neuen Heimat) einsetzen, geht offensichtlich an den Interessen der Arbeitnehmer vorbei.

#### Demokratische Kontrolle

Eine demokratische und umfassende Kontrolle von unten muß gewährleistet sein ebenso wie eine ausgewogene, alle Interessen berücksichtigende Verwaltung von oben. Es wäre zum Beispiel denkbar, die Aufsichtsgremien mit Vertretern von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu je einem Drittel zu besetzen. Durch die Belegschaftsvertreter würde gewährleistet, daß ihre unmittelbaren Interessen am Arbeitsplatz, aber auch ihr Sachverstand „vor Ort“ einfließen können. Durch die Gewerkschaftsvertreter könnten die Interessen der Arbeitnehmer anderer Branchen, z.B. der Zulieferindustrie sowie allgemein der Verbraucher eingebracht werden. Durch die staatlichen Vertreter, die jedoch mit 1/3 in der Minderheit bleiben sollten gegenüber den Arbeitnehmervertretern, könnte die staatliche Rahmenplanung für die Branche Berücksichtigung in der Unternehmensplanung finden.

Natürlich müssen alle Vertreter demokratisch legitimiert und jederzeit abrufbar sein, damit sie rechenschaftspflichtig bleiben. Außerdem sollten sie nicht mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Arbeitnehmer in der Branche, damit sie sich nicht von den Kollegen, die sie vertreten sollen, abheben und eine privilegierte Schicht bilden.

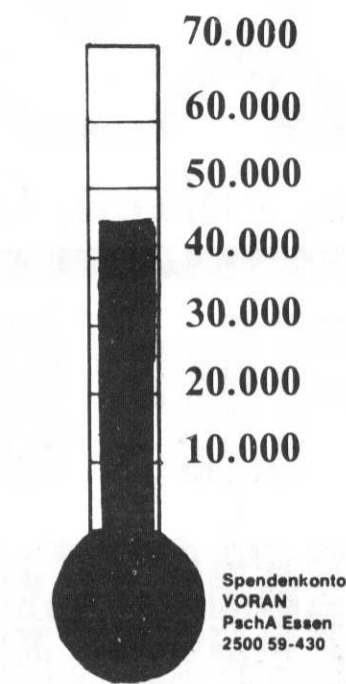
Ein solches umfassendes System von Arbeiterkontrolle und -Verwaltung ist die einzige Möglichkeit, die Wirtschaftsabläufe nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen zu steuern.

Bei einer großen Kölner Versicherung bewarben sich 1985 1.250 Jugendliche auf sage und schreibe 19 Lehrstellen für das Ausbildungsjahr 1986. Aber auch wenn eine(r) den Lehrstellenvertrag sicher in der Hand hat, sind die Probleme lange noch nicht vorbei. Sie beginnen erst beim Abschluß der Lehre, denn bei weitem nicht alle, die ausgebildet werden, werden auch von der Firma übernommen.

Laut einer Untersuchung für den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung, bei der über 10.000 Jugendliche zur Art ihrer Beschäftigung befragt wurden, ist fast jede(r) Zehnte nach der Lehre sowieso erstmal arbeitslos. Nur etwa die Hälfte ist im erlernten Beruf beschäftigt.

Diese Zahlen machen deutlich, welcher Zukunftsperspektive die Jugend in der kapitalistischen BRD entgegenseht. Kein Wunder, daß viele einen „Ausweg“ suchen im Alkoholismus, in Gewalttätigkeit, Drogen, Sekten oder gar Selbstmord.

VORAN kann den Jugendlichen keine Stelle verschaffen. Aber VORAN erklärt die Ursachen der Misere, die in der Profitgier der Unternehmer und ihrer Banken begründet liegt. VORAN zeigt politische Alternativen und Perspektiven für politi-



sches Handeln auf: Macht mit im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft! Organisiert Euch in Gewerkschaften und SPD! Sorgt dafür, daß Eure Interessen dort konsequent vertreten werden!

Jede(r), der/die VORAN gut findet, sollte auch im Freundes- und Familienkreis, in Schule und Betrieb Geld sammeln. Es ist nicht schwer — ein Leser in Aachen zeigt, wie es gemacht werden kann. Er trug immer eine kleine Dose bei sich und sammelte 205,13 DM in ca. 4 Monaten!

Politik sollte Spaß machen — und Spendensammeln auch. Bremerhavener Jusos veranstalteten ein Dart-Turnier mit 19 Teilnehmern. Bei 5 DM Startgeld und einer Flasche schottischem Whisky als Preis kamen so 41 DM für den Kampffonds ein.

In Stuttgart machte sich ein Leser „für den Sozialismus fit“: Er nahm 16 Pfund in drei Wochen ab und 176 DM in Form von Wetten für den Kampffonds ein! In Wiesbaden dagegen aben Leser für den Kampffonds und erreichten 115,16 für den Kampffonds.

Alle Beispiele sind zum Nachahmen zu empfehlen — angesichts unseres Ziels von 70.000 DM bis 1. Mai 1986. Nachdem erst 3.482,32 DM eingegangen sind, braucht VORAN Eure tatkräftige Unterstützung in den nächsten Wochen und Monaten!

F. Garvie  
Redaktion Köln

Bei Fa. Bremer in Grevenbroich

## Streikerfolg gegen Unternehmerwillkür

**Dezember 1986 trafen wir, Kölner Jungsozialisten, auf der Demonstration zum § 116 in Oberhausen einen Mann mit einer Streikplakette. Wir fragten, wo der Streik sei. Daraufhin besuchten wir die streikenden Kollegen von der Firma Bremer im Grevenbroich zwei Mal.**

Die Arbeiter der Fa. Bremer streikten nicht aus Geldgier, wie ein anonymes Drohbrieft („es geht Ihnen noch viel zu gut“, „Meckerziegen, und das ist die ganze Gewerkschaft, gehören in ein Arbeitslager“) glauben machen will, sondern weil sie Existenzprobleme haben.

Abmächten, die in großen Firmen schon seit Jahren gelten — wie Tarifvertrag, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen — müssen bei Bremer erst erkämpft werden.

Einen Betriebsrat gibt es erst seit anderthalb Jahren, obwohl gesetzlich geregelt ist, daß Betriebe ab 5 Mitarbeitern einen Betriebsrat haben sollen.

Bis 1. April 85 gab es bei Bremer noch die 42,5 Stundenwoche, jetzt 40 Stunden.

Weil Bremer nicht Mitglied im Arbeitgeberverband ist, ist er weder an soziale, noch an tarifliche Vereinbarungen gebunden. „Damit spart die Firma Bremer jährlich über 1 Million DM ein“, sagt Peter Krohnen, Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Bei der Fa. Bremer gab es eine Urabstimmung, einstimmig für Streik. Ab 22.11.85 streikten dann 87 Belegschaftsmitglieder.

Der Chef reagierte darauf folgendermaßen:

Nach drei Tagen hatte er eine richterliche Verfügung, daß niemand auf den Betriebsparkplatz dürfe (dort müssen die Streikposten stehen, wenn sie das Tor bewachen wollen). Vier Leute, die noch arbeiteten, machten Überstunden, was unter Freizeitgestaltung lief (30 Überstunden pro Jahr dürfen ohne Genehmigung des Betriebsrates gemacht werden).

Außerdem organisierten die Angestellten mit ihren Angehörigen

und Heimarbeitern den Produktionsablauf während des Streiks. So passierten 2-3 Lastwagen täglich das Tor und lieferten Waren aus, ohne daß es die Streikenden verhindern konnten.

Die Verkaufsstelle Randoff in Düsseldorf mit ca. 10 Angestellten lief ebenfalls weiter.

Für ihre Artigkeit erhalten die Angestellten Geschenke in Form von: Weihnachtsgeld, Konjak, Spekulatius, kostenlosen Kaffeemarken.

Bremer hat eine Montierstraße und eine Stanze gekauft um zu rationalisieren. Was tun wohl die Angestellten, wenn er Computer kauft?

#### Erfolge

Der Streik wurde am 16.12.85 beendet. Der Unternehmer bewilligte:

- 35 Pf mehr Stundenlohn
- für Leute mit weniger als 30 Tagen Urlaub einen Tag mehr Urlaub pro Jahr
- Urlaubsgeld muß noch ausgehandelt werden
- Weihnachtsgeld 25% vom Bruttolohn.

Vermögenswirksame Leistungen wurden nicht bewilligt. Über diesen Entscheid waren mehr als 60% der Belegschaft so verärgert, daß sie weiterstreiken wollten.

Nach dem Streik wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen auseinandergerissen, den Streikenden wurden schlechtere Arbeitsplätze zugewiesen, den Nichtstreikenden bessere. Die Meister setzten die Leute unter Druck: „Wenn Ihr keine Überstunden macht, fliegt Ihr raus...“

Man versucht die Betriebsrätin, die hauptsächlich den Streik mitorganisiert hat, rauszuekeln, der Chef hat ihr das Singen, Lachen und Pfeifen verboten.

Bemerkenswert finde ich, daß die Frauen intensiver für den Streik waren als die Männer, aber wenn man bedenkt, daß die Frauen den knappen Geldbeutel am ehesten spüren, weil sie meist den Haushalt organisieren müssen, ist es logisch.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff darf sich über den Streik freuen, denn die Zahl der organisierten Belegschaft ist von 54 auf 90 angestiegen. Auch die Skepsis gegenüber einer Frau als Betriebsrätin ist durch die resolute Marlis Huntke, die den dynamischen Eindruck eines „Hans Dampf in allen Gassen“ macht, grundsätzlich zerstreut worden.

#### Solidarität

Um den Streik zu zunichte zu machen, versuchte die Fa. Bremer verstärkt in Behindertenwerkstätten produzieren zu lassen, das wurde aber durch die ÖTV verhindert.

Die Solidarität mit der IG-Metall hat nicht geklappt, so etwas müßte in Zukunft besser werden. Aber dafür spendete die Bevölkerung Tee, Kaffee, Brötchen und öfter sogar 10,- DM. „Haltet durch!“ war die Parole.

Die Arbeiterwohlfahrt brachte Gasflaschen zum Aufwärmen und selbst die Polizei, die vorbeikam, hatte ein paar freundliche Worte für die Streikenden.

Gelegentlich hört man in der eigenen Partei die pessimistische Aussage: „Ach den Arbeitern geht es doch zu gut, die werden nie kämpfen.“

Der Streik bei Bremer beweist das Gegenteil, denn wenn den Arbeitern — und später auch Angestellten — das Wasser bis zum Hals steht, dann müssen sie einfach kämpfen.

Hans Peter Dostert, Köln  
Jungsozialist

## Aktionsbeispiele - kurz notiert

Im Rahmen der Kampagne des DGB zum § 116 gelang es der Juso-Schüler- und Azubi-Gruppe aus Bremerhaven, einen mehrstündigen Schülerstreik an einer Schule zu organisieren, an dem sich rund 300 Schüler beteiligten.

Die Jusos riefen ihre Mitschüler dazu auf, am Tage einer DGB-Protestkundgebung in Bremerhaven nach der Pause auf dem Schulhof zu bleiben, sich dort zu sammeln und geschlossen zum Kundgebungsort zu gehen. Rund 250 Schüler blieben am Ende der Pause auf dem Schulhof. Daraufhin zog eine Schülerdelegation durch alle Klassen und holte noch einmal 50 weitere Schüler heraus. Vor und nach dieser Aktion fanden an der Schule lebhaft Diskussionen über den § 116 statt. Die Juso-Schülergruppe hat jetzt eine Reihe weiterer Interessenten für die Mitarbeit gewonnen.

## Zwei-Drittel-Gesellschaft ?

# Die Arbeiterklasse einen statt spalten!

In der momentan geführten Diskussion in der SPD und den Jungsozialisten tauchen in letzter Zeit immer mehr Schlagworte aus der bürgerlichen Soziologie auf. Es ist schade, daß Teile der Partei sich mehr mit den Konzepten und Ideen der Rechten beschäftigen als eigene programmatische Vorschläge zu machen. Ein Beispiel dafür ist die Frage der Zwei-Drittel-Gesellschaft.

Peter Glotz, Vordenker der SPD-Spitze, formuliert das so: „Die Bundesrepublik darf nicht zur Zwei-Drittel-Gesellschaft werden; also zu einer Gesellschaft, die die Anpassungslasten der gegenwärtigen Krise einer Minderheit aufhalst, damit die Mehrheit ihren Lebensstandard halten oder weiter mehren kann.“ (Neue Gesellschaft 12/85).

Die Konservativen setzen tatsächlich darauf, daß in Krisenzeiten eine Etsolidarisierung stattfindet. Im Interesse des Kapitals soll die Spaltung unter den verschiedenen Schichten und Teilen der arbeitenden Bevölkerung vertieft werden, z.B. zwischen Deutschen und Ausländern, zwischen männlichen und weiblichen, jungen und alten, ungelerten und gelernten Arbeitern.

Es ist richtig: die Konservativen wollen die schwächsten Schichten, die sich am wenigsten wehren kön-

nen, ausgrenzen und gegen sie die ersten Schläge führen. Und das am besten noch mit Unterstützung oder Billigung der anderen.

Doch als Sozialisten sollten wir nicht von den Wünschen unserer politischen Gegner ausgehen, sondern von den Gegebenheiten der deutschen Klassengesellschaft.

### Klassengegensätze

Entgegen manchen Zweifeln ist die BRD noch immer eine Klassengesellschaft. Die Gegensätze und Unterschiede zwischen den Klassen sind sogar größer geworden. Eine soziale Klasse wird gekennzeichnet durch ihre Stellung im Produktionsprozeß, also in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Die Klasse, die die Produktionsmittel, die Betriebe, die Anlagen, den Grundbesitz und insgesamt den größten Teil des mate-

riellen Reichtums in ihren Händen hält, ist zahlenmäßig kleiner als je zuvor. Aber dafür ist sie auch reicher als je zuvor. In der BRD haben wir es mit ca. 200 Großkonzernen zu tun, die etwa 80% der Produktion kontrollieren.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sind Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte und ihre Familien. Dazu sind auch Kinder, Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger zu zählen. Dieser Teil der Bevölkerung ist zur Bestreitung der gesamten Lebenshaltungskosten letztlich auf den Verkauf der Ware Arbeitskraft angewiesen und kann sich nicht durch großen Privatbesitz finanzieren. Diese Leute sind somit abhängig von ihrer Lohnarbeit und demnach Lohnabhängige.

Diese breite Masse ist das Potential, mit dem der Sozialismus durchgesetzt werden kann. Doch das sind zunächst nur die objektiven Gegebenheiten. Das heißt nicht, daß sich diese breite Masse automatisch in ihrem Bewußtsein zur Arbeiterklasse rechnet und als Teil einer gemeinsamen Klasse sieht.

### 35-Stunden-Woche

In der Arbeiterklasse gibt es unterschiedliche Bewußtseinsformen aufweisen. Die Aufgabe von SPD und Gewerkschaften ist es, das Klassenbewußtsein zu entwickeln und den Kampf all dieser Teile der arbeitenden Bevölkerung zusammenzuführen. Diesem Bewußtwerdungsprozeß muß eine klare politische Stoßrichtung gegeben werden. Der Begriff der Zwei-Drittel-Gesellschaft lenkt von den Bedingungen der Klassengesellschaft ab und versucht, die Klassengraben zuzuschütten.

Das Kapital wird die ersten Angriffe auf die relativ schwächsten Teile der Arbeiterklasse führen, die nicht mehr im Arbeitsprozeß stehen und nicht organisiert sind. Doch das heißt nicht, daß die zwei Drittel „ihren Lebensstandard halten oder weiter mehren“ können. In den letzten Jahren haben wir massiven Sozialabbau erlebt. Gleichzeitig sind seit

1979 die Reallöhne der Arbeiter-schaft gesunken. Die Angriffe auf die schwächsten Teile sind nur das Vorspiel zu Angriffen auf alle! In der jetzigen Periode des weltweiten kapitalistischen Niedergangs sind alle Errungenschaften in Gefahr. In den Gewerkschaften ist das verstanden worden: Arbeitszeitverkürzung, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Damit wurde den Interessen der

Peter Glotz hofft auf eine „neue lange Welle der Wirtschaftsentwicklung“, die die kapitalistische Krise beseitigen solle. Die „Zwischenkrise“ soll mit staatlichen Maßnahmen überbrückt werden. Bezahlen sollen die Massen, und zwar mit einem „Solidaropfer“, wenn auch „sozial gestaffelt“. Mit anderen Worten: Die arbeitende Bevölkerung soll für den Bankrott der Unternehmerwirtschaft bezahlen!



Arbeiter und Fürst zu Fürstberg — sie haben nichts gemeinsam. Die Spaltung der Gesellschaft läuft nicht zwischen Arbeit-Besitzenden und Arbeitslosen, sondern zwischen Arbeitern und Kapitalisten!



Arbeitenden und der Arbeitslosen Rechnung getragen. Eine breite Kampagne auf der Grundlage solcher Forderungen kann die Arbeiterklasse einigen.

Die Unternehmer und ihre Ideologen (z.B. Prof. Biedenkopf) versuchen da nämlich genau zu spalten: Sie wollen Arbeitslose und sog. Arbeitsplatzbesitzer gegeneinander aufhetzen. Dadurch soll von der Verantwortung der Unternehmer abgelenkt werden, die durch Rationalisierungen, Stilllegungen usw. die Arbeitslosigkeit herbeiführen.

### Glotz — nichts gelernt!

Der Meinungsunterschied zwischen Glotz und der CDU/CSU/FDP bezieht sich nur auf die „Art des Sparens“. Für Glotz gilt es auch nicht mehr, den Sozialismus zu verwirklichen und die Unternehmerschaft zu beseitigen, nein, ihm reicht es, wenn „die Linke sich einen positiven Begriff des Unternehmers“ bildet. Glotz weiter: „Ich bin nämlich für ein Lob der Rendite.“ Angesichts solcher Lobeshymnen auf den Kapitalismus braucht man sich nicht zu wundern, daß Glotz vergessen will, daß wir in einer Klassengesellschaft leben. Er zieht es vor, uns im Soziologenkauerdewelsch zu belehren, daß wir eine „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ vor uns haben.

Doch die Aufgabe von Sozialisten ist immer, klar auszusprechen, was ist und auch rückständigen Arbeitern ihre wirkliche Lage deutlich zu machen. Nur dadurch können die Spaltungsversuche des Kapitals zurückgewiesen und Mehrheiten für die Abschaffung der Klassengesellschaft gewonnen werden.

Leo Schiffer, Köln  
Jungsozialist

### Aktionsbeispiel

### Solidarität mit Krankenpflegeschülern

# Juso-„Gespenst“ vorm Krankenhaus

Wie kann man aktuelle politische Themen aufgreifen, aufklären und damit Jugendliche zu den Jusos gewinnen? Hier ein Beispiel aus Stuttgart.

Mitte letzten Jahres holten die kommunalen Arbeitgeber im Rahmen der „Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ zum großen Schlag gegen die in Kliniken beschäftigten Krankenpflegeschülerinnen und -schüler aus. Sie dachten bei ihren Kürzungsplänen nicht an die dicken Gehälter der Chefärzte oder sonstiger Spitzenverdiener im Krankenhaus, auch die riesigen Gewinne der Pharmaindustrie waren ihnen keine Gedanken wert. Nein, durch Zusammenstreichen der Ausbildungsvergütung sollte „gedämpft“ werden. Um bis zu 40% sollte gekürzt werden, wodurch bei vielen Auszubildenden eine unge-dämpfte Wut ausbrach.

In Stuttgart wie in zahlreichen anderen Städten wehrten sich betroffene Krankenpflegeschüler sowie solidarische Nichtbetroffene gegen die Pläne von Zimmermann und Co. So führte die Juso-AG Stuttgart-Süd an einem Sonntagnachmittag

im Januar zur Besuchszeit eine Aktion durch vor dem Marienhospital (konfessionelles Krankenhaus in Stuttgart).

In strömendem Regen verteilten Genossen Protestflugblätter und luden ein zu einem Diskussionsabend mit zwei Sekretären der ÖTV. Ein mit der Zeit ziemlich durchnäßtes „Gespenst der Kürzungen“ half beim Unterschriftensammeln gegen die geplanten Maßnahmen.

In Gesprächen mit Besuchern betonten einige, sie verstünden es nicht, daß die Beschäftigten immer höhere Krankenkassenbeiträge bezahlen müßten und ihnen im Krankheitsfälle ein Krankenhaustagegeld abgeknöpft würde, auf der Leistungsseite und bei den Vergütungen des Pflegepersonals in den Krankenhäusern jedoch immer mehr gespart wird.

Die Veranstaltung mit den Gewerkschaftssekretären war dann

auch gut besucht, unter anderem von einigen Pflegeschülern. Die anwesenden Jugendlichen stellten immer wieder die Frage, wie sich ihre Forderungen durchsetzen ließen, wie sie verhindern könnten, daß ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sich immer weiter verschlechtern. Es gibt darauf nur eine Antwort: Die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge müssen mobilisiert werden, Protestaktionen, Warnstreiks und Streiks müssen in den Betrieben organisiert werden.

Daß dies in der jetzigen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes nur ansatzweise stattfand, zeigt wohl das magere Ergebnis (3,5% mehr Lohn und 9%ige Kürzung in der Ausbildungsvergütung). Viele ÖTV-Funktionäre setzen noch zu sehr auf Sozialpartnerschaft und haben noch nicht gemerkt, daß diese Zeiten langsam vorbei sind, wenn sie überhaupt jemals da waren. Auch die auf der Juso-Veranstaltung anwesenden Sekretäre hatten zum Teil noch nicht erkannt, daß ohne den Druck von der Straße nur wenig zu erreichen ist.

Helmut Sommer, Stuttgart  
Jungsozialist



### Gründung einer Juso-Schülergruppe

# Schüler für den Sozialismus

Nach zehn Jahren hat sich in Aachen wieder eine Juso-Schülergruppe gebildet. Mit dieser Schülergruppe wollen wir eine echte sozialistische Alternative für Schüler und Auszubildende bieten. Hier in Aachen gibt es nur die Schülerunion und die Jungliberalen, die aber natürlich für Schüler und Azubis keine Lösung sind, da sie ganz klar die Interessen der Kapitalisten vertreten.

Wir als Juso-Schülergruppe wollen uns mit Problemen von Jugendlichen in dieser Klassengesellschaft

Aus der Jugendarbeitslosigkeit resultieren viele Folgen, wie z.B. Schlägereien, Alkoholismus, Drogensucht, aber auch neofaschistische Gruppierungen finden unter den arbeitslosen Jugendlichen aufmerksame Zuhörer.

Zum Thema „Neonazis an Schulen“ starten wir in Aachen eine Arbeitsreihe mit Interviews, Diskussionen, Flugblättern usw. Weitere Punkte unserer Arbeit sollen sein: „Jugend in der Bundeswehr und im Zivildienst“, was ja nach den Geset-



Eine Lehrstelle und hinterher einen sicheren Arbeitsplatz — das fordert die Jugend heute!

beschäftigen. Das Schwierigste ist die Mobilisierung und Aktivierung der Jugendlichen. Zu diesem Zweck haben wir schon zwei Flugblätter mit unseren Forderungen und Zielsetzungen an Aachener Schulen verteilt.

Unsere ersten Arbeitspunkte sind natürlich die Jugendarbeitslosigkeit, die sich unter der jetzigen Rechtsregierung nicht bessern, sondern eher noch verschlechtern wird.

zen der Wende-Regierung noch problematischer wird. Aber auch mit den angeblich so demokratischen Rechten von Jugendlichen in der BRD wollen wir uns befassen.

Wir hoffen, daß viele Jugendliche bei den Jusos mitarbeiten und erkennen, daß nur der Sozialismus die Lösung der kapitalistischen Probleme bringen kann.

Gilbert Jaucken, Aachen  
Juso-Schülergruppe

In diesem Jahr jährt sich zum 70. Mal die Gründung der Spartakusgruppe. Berühmt durch den heldenhaften Kampf ihrer populärsten Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, hielt sie die Fahne des Marxismus hoch, als alle anderen politischen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung angesichts des ausgebrochenen Weltkrieges versagten. Trotz Gefängnisstrafen und Ausschluß aus der SPD kämpften die Spartakus-Genossen weiter darum, das Programm des Marxismus in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, SPD und Gewerkschaften, zu verankern. VORAN versteht sich in der Tradition der marxistischen Ideen in der SPD, die es seit Marx, Engels, Bebels, Luxemburgs Zeiten immer wieder gegeben hat. Wir nehmen deshalb diesen Anlaß wahr, um anhand der Geschichte des Spartakusbundes aus der Vergangenheit zu lernen und für zukünftige Kämpfe besser gerüstet zu sein.

## Die SPD vor dem Krieg

Um das Entstehen des Spartakusbundes zu verstehen, müssen wir etwas in der Geschichte der SPD blättern.

Die programmatische Grundlage der SPD bildete nach der Zeit der Sozialistengesetze das Erfurter Programm vom Parteitag 1891, wo es einstimmig angenommen wurde. Dieses Programm enthielt einen marxistischen Grundsatz-Teil und einen Teil mit Mindest-Reformforderungen. Es gab aber keine Verbindung zwischen diesen aktuellen Tagesforderungen und dem sozialistischen Ziel, was von Engels schon kritisiert wurde.

Die SPD war die zahlenmäßig größte und die erfahrenste Massen-

von einer immer weiteren Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter auszugehen sei. Was sich als großer Irrtum herausstellte.

Die Mehrheit der SPD-Basis blieb jedoch den marxistischen Ideen treu, wie sich auf dem Parteitag von 1902 herausstellte. Trotzdem setzte sich die revisionsistische Tendenz in der Praxis durch, vor allem wegen der starken Bürokratisierung der Partei. Die SPD verfügte über einen großen Apparat und gab um die Jahrhundertwende rund 90 Tageszeitungen heraus. 1904 wurde der Parteivorstand ermächtigt, hauptamtliche Sekretäre auf allen Ebenen der Organisation einzustellen. Diese verdienten



Lenin wollte es nicht glauben: 1914 „vergaß“ die SPD-Führung alle Grundsätze des Marxismus und bewilligte die Kriegskredite.

partei in der internationalen Arbeiterbewegung. Sie verfügte über eine Massenbasis. Unter dem Einfluß der SPD standen die freien Gewerkschaften, die Arbeiterturn- und sportbewegung, die Konsumgenossenschaften und andere Arbeiterorganisationen. Die Partei suchte alle Möglichkeiten zu nutzen, um sowohl die unmittelbaren Interessen der Arbeiter wahrzunehmen als auch die bestehende Gesellschaftsordnung infrage zu stellen. Die SPD führte Massenaktionen durch, so z.B. die Wahlrechtskämpfe gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht 1908 und 1910 oder gegen Militarismus und Kriegsvorbereitungen.

### Marxismus und Reformismus

Allerdings machten sich nach und nach Bestrebungen breit, sich allein auf den Kampf um die Reformforderungen zu beschränken. Die sogenannten „Revisionisten“ leugneten die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Revisionismus war der Versuch der theoretischen Rechtfertigung einer opportunistischen Praxis. Hier führte Bernstein das große Wort. Er meinte — gebendet von dem langen Aufschwung, der von 1870 - 1910 dauerte — man könnte auf den revolutionären Kampf verzichten, da

ca. 2.000 Mark jährlich, doppelt so viel wie ein gelernter Facharbeiter. Gewerkschaftsfunktionäre kamen auf 5.000 bis 6.000 Mark pro Jahr.

### Bürokratisierung

Kautsky führte das sogenannte „marxistische Zentrum“ an, das sich mit Worten zum Marxismus bekannte. Doch in der Praxis verloren auch sie durch die Beschäftigung mit einzelnen Reformen das Ziel der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft aus den Augen. Das Versinken in parlamentarischer Kleinarbeit ebnete letzten Endes den Revisionisten den Weg zur Eroberung der deutschen Sozialdemokratie.

So vollzog sich fast unbemerkt der innere Verfall der Partei, der erst offenbar wurde, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte und damit den imperialistischen Krieg unterstützte. Lediglich die Parteilinke unter Liebknecht und Luxemburg hielt den Vaterlands-Parolen stand. Unter ihrer Führung entfaltete sich ein immer stärker werdender Widerstandskampf gegen den Krieg, der schließlich auch die Zentristen zur Opposition gegen die offizielle Politik der Partei zwang. Als sie 1917 aus der Partei ausgeschlossen wurde, gründete die Opposition die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).

Karl Liebknecht



## Die Spartakus-Gruppe

Die Spartakusgruppe unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg formierte sich während des 1. Weltkrieges aus der Parteilinken. Sie war eine Kraft gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der rechten Partei- und Gewerkschaftsführer. Sie wollten die Beendigung des Krieges durch Revolution, den Sturz des Imperialismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Deutschland.

1. Phase: Schaffung der „Gruppe Internationale“ am 5. März 1915
2. Phase: Reichskonferenz vom Januar und März 1916; hier wurde die Herausgabe der Spartakusbriefe beschlossen, eine Zentrale als leitendes Organ der Gruppe gewählt
3. Phase: Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands im April 1917; Veröffentlichung des revolutionären Programms nach der Reichskonferenz vom 7. Oktober 1918.

### Programm

Spartakus war die einzige politische Gruppierung in der deutschen Arbeiterbewegung, die politische Klarheit und marxistische Ideen für sich beanspruchen konnte. Das Programm beinhaltete:

- sofortige Beendigung des Krieges;
- Er kämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten;
- Sturz der bürgerlichen Herrschaft und des Militarismus;
- unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen;
- Enteignung des gesamten Bankkapitals sowie der Bergwerke;
- Verkürzung der Arbeitszeit;
- Festlegung von Mindestlöhnen;
- Enteignung des Groß- und Mittelgrundbesitzes;
- Leitung der landwirtschaftlichen Produktion durch Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern;
- Demokratische Umgestaltung des Heereswesens.

Das Oktoberprogramm umriß die Grundaufgaben für die bevorstehende Revolution in Deutschland; als Endziel sah es die sozialistische Republik. Die Spartakusgruppe betrachtete diese Revolution als Teil der internationalen Revolution, die ihren Anfang in Rußland genommen hatte.

Die Gruppe stand in loser Verbindung zur Führung der „Revolutionären Obleute“ in Berlin (revolutionär gesinnte gewerkschaftliche Vertrauensleute in Berliner Metallbetrieben). Unter ihrem Einfluß hatten die bedeutendsten politischen

Streikämpfe der deutschen Arbeiter während des 1. Weltkrieges gestanden, insbesondere der Januar-Streik 1918.

### Propaganda-Arbeit

Die Spartakusgruppe leistete eine umfangreiche illegale propagandistische Arbeit. Obwohl sie zahlenmäßig sehr schwach war (vielleicht einige Hundert, höchstens aber ein bis zweitausend Mitglieder), wurden ihre Losungen von anderen linken Gruppen in der Arbeiterbewegung; aufgegriffen und weitergeleitet. Karl Liebknecht wurde der populäre Führer der Agitation gegen den Krieg. Bekannt wurde besonders sein Flugblatt von 1916 „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Er übte einen großen Einfluß auf die Arbeiterjugend aus.

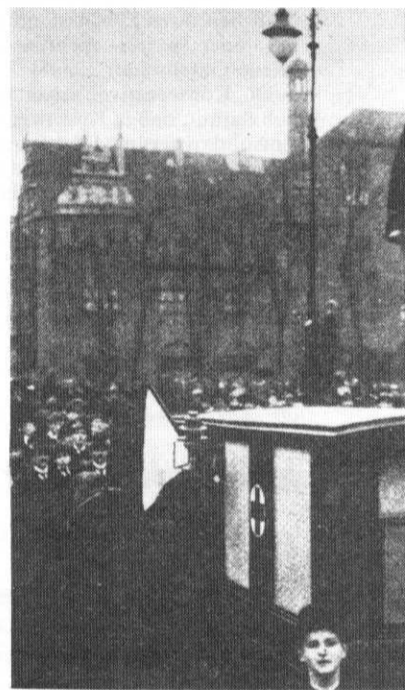
Nach Ausbruch der Novemberrevolution 1918 wurde die Spartakusgruppe in den Spartakusbund umgebildet. Sie beschloß die Bildung einer Spartakuszentrale bestehend aus 13 Mitgliedern, einer Redaktion und eines Zentralbüros mit verschiedenen Sekretariaten. Einen besonderen Platz nahm die „Rote Fahne“ ein. Die Herausgabe weiterer Zeitungen und Zeitschriften sollte den Masseneinfluß des Spartakusbundes erhöhen.

Aber der Spartakusbund war zu diesem Zeitpunkt keine Partei und begnügte sich bis Mitte Dezember 1918 damit, den Marxismus innerhalb der bestehenden Parteien der Arbeiterklasse (zuerst der SPD, dann nach ihrem Ausschluß der USPD) zu propagieren. Vor allem Rosa Luxemburg ließ sich immer vom Prinzip der Einheit der Arbeiterklasse leiten und wollte gefährliche Spaltungen vermeiden. Die Konstituierung des Spartakusbundes am 11. November 1918 sollte zunächst lediglich einen festen marxistischen Kern in der USPD bilden.

Wichtig war die Veröffentlichung des Programmentwurfs „Was will der Spartakusbund?“. Darin wird erklärt, daß der kapitalistische Staat, samt Regierung, Verwaltung, Polizei und Armee durch Organe der proletarischen Macht, nämlich Arbeiter- und Soldatenräte, vollständig ersetzt werden muß, um zu verhindern, daß die Kapitalisten den Staatsapparat zur gewalttätigen Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Macht einsetzen.

Der Programmentwurf hatte zur Folge, daß sich die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, die sogenannte Bremer Linke, am 24. Dezember 1918 mit dem Spartakusbund zusammenschlossen.

# Vor 70 Jahren Spartakus kämpfte sozialistische Programme



## Die

„Am 9. November haben Arbeiter und Soldaten das alte Regime in Deutschland zertrümmert. ... Die Verbrecherbande, die den Weltbrand entzündet und Deutschland in das Blutmeer hineingetrieben hat, war am Ende ihres Lateins angelangt.“

So beschreibt Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ vom 14.12.1918 die Lage.

Der Kieler Matrosenaufstand am 4.11.1918 gab den deutschen Arbeitern das Zeichen, endlich ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Nach vier Jahren Krieg, zu Hause nichts als Hunger, Arbeitslosigkeit, schreckliche Armut und grassierende Seuchen, ging ihnen die Geduld aus. Sie gingen auf die Straßen, legten die Fabriken still, bildeten Arbeiter- und Soldatenräte, brachten das öffentliche Leben zum völligen Stillstand. Die Revolution war da. Die bürgerliche Ordnung klappte wie ein Kartenhaus zusammen. Die alte Regierung unter Max von Baden wurde durch den „Rat der Volksbeauftragten“ ersetzt. Kaiser Wilhelm II, die Symbolfigur der alten Herrschaft, dankte ab und ergriff die Flucht. Die Bourgeoisie hing in der Luft. Sie suchte Bündnispartner, die das Vertrauen der rebellierenden Massen gewinnen und ihr System retten könnten.

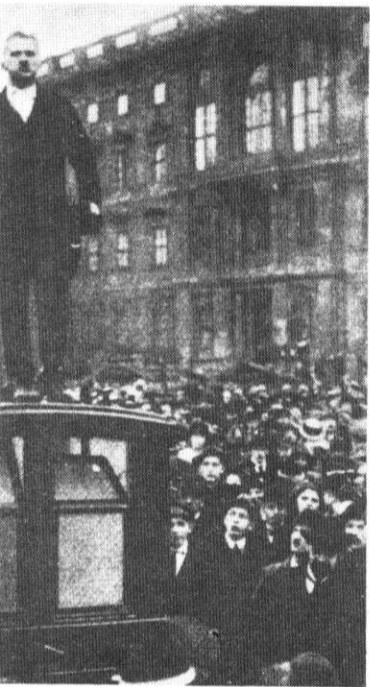
Sie fand sie im rechten Flügel der Sozialdemokratie, bei Männern wie Ebert und Scheidemann, die, nach eigenem Bekunden, mit der Revolution nichts im Sinn hatten.

Die politische Macht wurde zunächst dem „Rat der Volksbeauftragten“ übergeben, der aus je drei Vertretern der (M)SPD (Ebert, Scheidemann und Landsberg) und

# en akus te für tisches amm



Rosa Luxemburg



unter dem Druck der Revolution zu-  
gestanden werden mußten, waren  
ein kleiner Preis für die Rettung der  
kapitalistischen Ordnung.

Am 10. November im Zirkus  
Busch wählte eine Vollversammlung  
der Berliner Arbeiter- und Soldaten-  
räte einen Vollzugsrat, der von der  
Basis als Kontrollmacht zum Rat  
der Volksbeauftragten verstanden  
wurde, in den aber eine Mehrheit  
von Ebert-Anhängern gewählt wurde.  
Dieser Rat bestand aus 14 Soldaten-  
vertretern, die politisch entweder  
unerfahren waren oder als Ebert na-  
hestehend galten, sowie 13 (M)SPD-  
und 13 USPD-Vertretern. Alle  
USPD-Vertreter waren „Revolutionä-  
re Obleute“.

### Doppelherrschaft

Noch war überhaupt nichts ent-  
schieden. Einerseits hatten die Ar-  
beiter mit den Räten das Instrument  
zur Vollstreckung des Volkswillens  
in der Hand — die Grundlage einer

die Tatsache, daß in den ersten Re-  
volutionstagen und -wochen die Poli-  
tik der (M)SPD-Führer für die  
breite Masse noch nicht durchschau-  
bar war. Die SPD mit ihren 3 Millio-  
nen Anhängern wurde erst mitten in  
der Revolution auf die Probe der Re-  
gierungsmacht gestellt — woher  
sollten diese Millionen wissen, wel-  
ches die Absichten eines Ebert wa-  
ren? Die Parteipresse trug übrigens  
zu der allgemeinen Verwirrung bei,  
indem sie z.B. die Entschließungen  
des Vollzugsrates und der Rätekon-  
gresse gar nicht veröffentlichte und  
ihren ganzen Einfluß in eine rück-  
sichtslose Hexenjagd gegen den  
Spartakusbund warf.

Bereits am 6. Dezember 1918 wurde  
der erste Schlag gegen eine von  
Spartakus-Genossen geführte De-  
monstration von einem Teil der Ar-  
mee, dem reaktionären Freikorps,  
verübt. Am 16. Dezember nahm die  
Entwicklung eine entscheidende  
Wende: Auf dem Rätekongress wur-  
den die Weichen endgültig in Rich-  
tung bürgerlicher Ordnung gestellt.

# Novemberrevolution

USPD (Dittmann, Haase und  
Barth) bestand. Die Besetzung mit  
den USPD-Männern trug der Radika-  
lisierung und Linkswende in der  
Arbeiterchaft Rechnung. Nach  
außen hin also stellte sich dieser Rat  
als eine Art „Revolutionsregierung“  
dar; jedoch übernahm Ebert als pro-  
visorischer Reichskanzler von An-  
fang an die Schlüsselbereiche Inne-  
res und Militär und schloß vom er-  
sten Augenblick an ein Bündnis mit  
General Groener über eine geheime  
Telefonleitung zum Generalstabs-  
Hauptquartier.

### Rolle Eberts

Der Rat der Volksbeauftragten  
erkannte ausdrücklich die Oberste  
Heeresleitung unter Hindenburg an  
und unternahm nichts, um den In-  
dustriellen und Bankiers ihre wirt-  
schaftliche Macht zu nehmen.  
Außerdem ließ er die wichtigsten  
Staatsbeamten in den Verwaltungs-  
behörden und kündigte zu einem un-  
bestimmten Zeitpunkt die allgemei-  
ne Wahl einer Nationalversamm-  
lung an.

Diese Handlungsweise zeigt, daß  
von diesem Gremium keine revolu-  
tionäre Umwälzung der Eigentums-  
und Machtverhältnisse zu erwarten  
war. Aber Ebert und Genossen ver-  
standen es sehr geschickt, die Revo-  
lution als bereits geschehen und ge-  
lungen hinzustellen; es gelte nun, das  
Erreichte zu sichern und zum sozia-  
listischen Alltag überzugehen. Der  
Kapitalismus sei gar kein Thema  
mehr; und die Reformen (Acht-  
Stunden-Tag, Abschaffung des 3-  
Klassen-Wahlrechts, das allgemeine  
Wahlrecht, auch für Frauen), die

Räterepublik —, andererseits blie-  
ben das wirtschaftliche Eigentum  
und der Staat in den Händen der  
Kapitalisten und der Militärs. Da  
aber die Berliner Arbeiter bewaffnet  
waren, konnten letztere noch keine  
offenen Angriffe gegen sie riskieren.

Der Schlüssel zu dieser Situation  
lag in einer revolutionären Führung,  
die die Arbeitermassen hinter einem  
klaren Programm hätte einigen könn-  
en. Die USPD stellte kein einheitli-  
ches Bild dar; ihre Führung war ge-  
spalten. Man kann den „Rechten“  
wie Haase, Dittmann und anderen  
keine bewußt konterrevolutionäre  
Politik vorwerfen. Aber auch sie tru-  
gen einen Teil der Verantwortung  
für die gescheiterte Revolution  
durch ihre schwankende, unklare  
Haltung in allen wichtigen Fragen.  
Sie boten den Arbeitern jedenfalls  
keine klare Linie und keine ent-  
schlossene Führung an, worauf es in  
diesen Tagen angekommen wäre.

Auf dem linken Flügel strebten  
die „Revolutionären Obleute“ zwei-  
fellos eine echte sozialistische Ände-  
rung an, aber schließlich wußten  
auch sie nicht, wie die Mehrheit der  
Arbeiter, die immer noch zur  
(M)SPD neigte, auf ihre Seite hin-  
überzuziehen sei.

Die Spartakusgruppe spielte we-  
gen ihrer zahlenmäßigen Schwäche  
und mangelnder Verankerung in der  
Arbeiterbewegung auch keine füh-  
rende Rolle.

### Räte

So blieben die Forderungen und  
das Programm der Spartakus-Grup-  
pe den Massen der Arbeiter weitge-  
hend unbekannt. Hinzu kam noch

Mit einer klaren 3/4 Mehrheit wurde  
ein Antrag auf Wahlen zur Natio-  
nalversammlung beschlossen und  
damit das Ende der Rätezeit als  
höchstes politisches Organ besiegelt.  
Rosa Luxemburg und Karl Lieb-  
knecht wurden per Abstimmung  
nicht zu den Debatten zugelassen.  
Aber der Spartakusbund genoß  
trotz seiner zahlenmäßigen Schwä-  
che breite Unterstützung in der Ar-  
beiterschaft. Das bewies eine De-  
monstration von 250.000 Arbeitern,  
die, geführt von dem populären  
Redner Liebknecht, zum Kongreß  
marschierte, um auf ihn Druck aus-  
zuüben.



Er „haßte die Revolution wie die Pest“ und  
trägt die Mitverantwortung dafür, daß wir  
heute noch im Kapitalismus leben müssen:  
Friedrich Ebert.

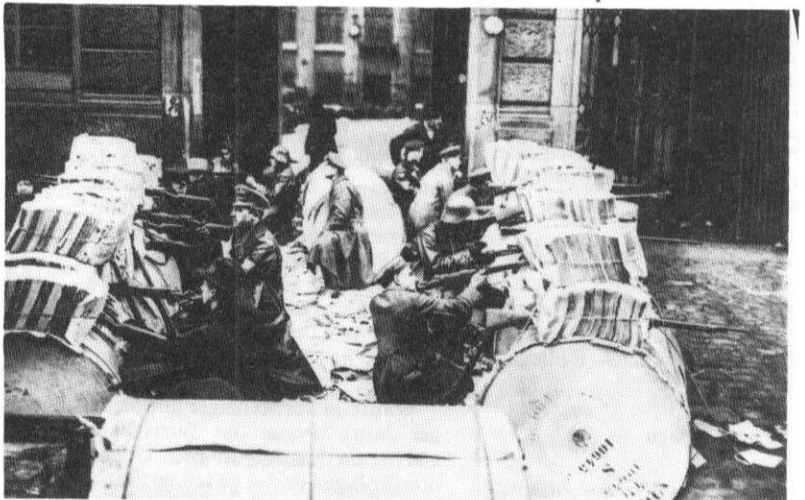
# Gründung der KPD

Am 14. Dezember rief der Sparta-  
kusbund zur Gründung einer kom-  
unistischen Partei auf, da die Un-  
ruhen und die Angriffe sich von Tag  
zu Tag zuspitzten und den revolu-  
tionären Berliner Arbeitern eine unab-  
hängige klare Führung angeboten  
werden mußte. Vom 29.12.1918 bis  
zum 1.1.1919 fand der Gründungs-  
kongress der KPD statt. Diesem  
Schritt war jedoch ein langer Dis-  
kussionsprozeß innerhalb des Spar-  
takusbundes vorausgegangen. Rosa  
Luxemburg zögerte lange, und noch  
am 24. Dezember sprach sich einer  
seiner Führer, Leo Jogiches, erneut  
gegen eine Trennung von der USPD  
aus.

Auch auf dem Kongreß selbst  
herrschten Meinungsverschieden-  
heiten in sehr wichtigen taktischen  
Fragen, wenn auch programmati-  
sche Einheit bestand. Zum einen  
wurde eine Teilnahme an den Wahlen  
zur verfassunggebenden Ver-  
sammlung mit 62 zu 23 Stimmen —  
entgegen den Argumenten der Füh-  
rung einschließlich Rosa Luxemburg  
und Paul Levi — abgelehnt.

### Ultralinke Haltung

Diese Führer vertraten den Stand-  
punkt, daß die Wahlen dazu ausge-  
nutzt werden sollten, revolutionäre  
Propaganda zu machen, um die  
Massen hinter die KPD zu ziehen  
und auf den Sturz des bürgerlichen  
Systems vorzubereiten. Zweitens  
forderte die Mehrheit der Delegier-  
ten den Austritt der Revolutionäre  
aus den Gewerkschaften mit dem  
Argument, die Gewerkschaftsfüh-  
rung verfolge eine verräterische Poli-  
tik. Dabei verkanteten sie den mög-  
lichen Einfluß der revolutionärsten  
aller Arbeiter — der „Revolutionä-  
ren Obleute“ — auf Millionen ander-  
er Arbeiter durch die Gewerkschaft-



Wie hier in Berlin verteidigten in ganz Deutschland Arbeiter und Soldaten gemeinsam die  
Errungenschaften der Revolution.

ten.  
Diese sektiererische und ultralinke  
Einstellung, die mehr dazu ange-  
tan war, die Revolutionäre von der  
Masse der Arbeiter zu trennen als sie  
ihr näherzubringen, bestimmte fort-  
an die Auseinandersetzungen in der  
jungen KPD.

### Mehrheit erobern

Rosa Luxemburg verstand trotz  
ihrer Differenzen mit Lenin über die  
Organisationsform der revolutionä-  
ren Partei und im Gegensatz zu der  
Mehrheit der jungen, unerfahrenen  
Delegierten, daß die Bolschewiki  
nur die Macht in der Sowjetunion  
erfolgreich übernehmen konnten,  
weil sie in monatelanger Arbeit wäh-  
rend der Revolution um die Mehr-  
heit der Arbeiter warben. Um die  
kapitalistische Ordnung durch eine  
Arbeiterdemokratie zu ersetzen,  
müssen die Arbeiter sich bewußt am  
Sturz des alten und am Aufbau des  
neuen Systems beteiligen. Die revolu-  
tionäre Partei kann noch so eifrig  
und heldenhaft sein: Wenn sie nicht  
die Mehrheit der aktiven Arbeiter  
umfaßt, bleibt es bei einem riskanten

Abenteuer.

### Spartakus-Aufstand

Die konterrevolutionären Kräfte  
suchten einen Vorwand, um mit den  
Spartakisten und den bewaffneten  
Arbeitern in Berlin ein für allemal  
abrechnen zu können. So wurde am  
4. Januar 1919 der Polizeipräsident  
von Berlin, der USPD-Mann Eich-  
horn, kurzerhand abgesetzt. Am  
nächsten Tag marschierten hundert-  
tausende Menschen vor das Poli-  
zeihauptquartier. Die „Vorwärts“-  
Zentrale samt Druckerei wurde von  
ca. 300 Arbeitern besetzt. Ein „Re-  
volutionsrat“, bestehend aus Ledebour  
(USPD), Liebknecht (KPD)  
und Scholze (Revolutionäre Obleute),  
wurde gebildet mit dem Ziel, die  
Ebert-Regierung zu stürzen. Der  
„Spartakus-Aufstand“ hatte begon-  
nen.

Am 10. Januar wurde Ledebour  
verhaftet und am nächsten Tag wur-  
den die „Vorwärts“-Besitzer unter  
Einsatz von schwerem Artillerie-  
Feuer zur Aufgabe gezwungen. Am  
selben Tag wurde auch das KPD-  
Büro von Konterrevolutionären ge-  
stürmt.

Am 15. Januar 1919 wurden Lu-  
xemburg und Liebknecht von Agen-  
ten der Freikorps — die unter der  
politischen Verantwortung Noskes  
standen — auf offener Straße ermor-  
det. Damit wurde die junge KPD  
zwei ihrer fähigsten Führer beraubt.  
Es ist keine Übertreibung zu sagen,  
daß damit die revolutionäre Bewe-  
gung vorerst enthaupet wurde. Die-  
ser Schlag bildete den Höhepunkt  
einer wochenlangen Straßenschlacht  
zwischen dem von der Re-  
gierung entsandten Freikorps und  
den revolutionären Arbeitermassen;  
er beendete — in Berlin zumindest  
— das erste Kapitel der deutschen

Revolution.

### Erste Welle geschlagen

Der revolutionäre Funke war  
aber bis dann schon längst auf das  
übrige Deutschland übersprungen.  
Er flammte das ganze Jahr lang  
immer wieder auf in einer scheinbar  
unendlichen Reihe von Streiks,  
Generalstreiks und Rätebewegungen.  
Diese Erfahrungen hatten zur Folge,  
daß die Mehrheit der aktiven Ar-  
beiter im Laufe des Jahres 1919 der  
(M)SPD den Rücken kehrte und die  
USPD infolgedessen zu einer Mas-  
senpartei wurde. Sie lehnte die II.  
Internationale nunmehr ab und er-  
klärte Ende des Jahres ihre Bereit-  
schaft, Verhandlungen mit der An-  
fang 1919 gegründeten neuen „Kom-  
unistischen“ Internationale auf-  
zunehmen. Diese Entwicklung zeigt,  
daß die Arbeiter erst versuchen, ihre  
traditionellen Massenorganisatio-  
nen in ihrem Sinne umzukrempeln,  
bevor sie neue, linkere Parteien su-  
chen.

Fiz Garvie und  
Dorothea Kirschbaum, Köln  
SPD-Mitglieder

## Philippinen

# Nach Marcos - wie weiter ?



Das verhaßte Marcos-Regime ist von Millionen Arbeitern und Bauern gestürzt worden. Am Schluß zogen auch wichtige Teile der Armee, der Kirche, der Kapitalisten und letzten Endes auch der US-Kapitalisten und Präsident Reagan ihre Unterstützung zurück. Zum Schluß hatte der Diktator nur noch einen auf seiner Seite — die Regierung der Sowjetunion.

Zwar wurden die Philippinen nach dem zweiten Weltkrieg formal eine unabhängige Republik. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten, vor allem von den USA, aber auch Japan und den Ländern der EG ist allerdings im Verlaufe des weltweiten Nachkriegsaufschwungs noch

stärker geworden. 52% der Investitionen werden von den USA kontrolliert, 50% der gesamten US-Investitionen in Südostasien sind hier konzentriert.

## Wachstum

Die Philippinen sind ein reiches Land. Es gibt große Vorkommen von Eisen, Gold, Kupfer, Mangan, Blei und anderen Metallen. In den warmen Meeren und Binnengewässern herrscht ein gewaltiger Fischreichtum. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden (etwa 35% der Gesamtfläche) ist fruchtbar. Doch auch hiervon profitieren vor allem wenige Großgrundbesitzer und ausländische Konzerne, die die Wirtschaft kontrollieren.

Vor diesem Hintergrund muß die Wahl von Marcos zum Präsidenten 1965 gesehen werden. Er trat mit dem Versprechen an, die Macht der wenigen Großgrundbesitzerfamilien zu beschneiden und eine Landreform durchzuführen. Dadurch konnte er die Unterstützung der überwiegend ländlichen Bevölkerung gewinnen.

Gestützt auf den Staatsapparat (Militär und Polizei) ging Marcos gegen die Großgrundbesitzerfamilien vor. Die Landreform führte jedoch nicht zu einer Verteilung des Landes an arme Bauern, Pächter und Landarbeiter, sondern zu einer Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion und des Handels in den Händen von Zucker-, Kokos- und anderen Monopolen, an deren Spitze persönliche Freunde von Marcos in Militär und Verwaltung standen.

Während der sechziger und siebziger Jahre betrug das Wirtschaftswachstum im Schnitt 6%. Gründe hierfür lagen in den enormen Steuervergünstigungen für Unternehmer und in den steigenden Rohstoffpreisen Anfang der siebziger Jahre. Unter diesen günstigen Bedingungen strömte ausländisches Kapital ins Land. Doch davon profitierte nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung — die Reallöhne sanken zwischen 1972 und 1979 um 39%.

Aber selbst unter diesen günstigen Bedingungen war das Kapital unfähig, die Philippinen weiterzuentwickeln. Die „Günstlinge Marcos“ an der Spitze der Monopole zogen es vor, Gewinne und Kredite in die eigene Tasche zu stecken, anstatt sie in eine weitere Industrialisierung zu investieren. Ein Großteil des Wachstums wurde durch ständige staatliche Subventionen in die Wirtschaft geschafft, was zu einer riesigen Staatsverschuldung und zu steigender Inflation (20-25% jährlich) führte.

Die weltwirtschaftliche Rezession Anfang der achtziger Jahre und der beginnende Verfall der Rohstoffpreise (u.a. bei Zucker) setzten dem wirtschaftlichen Wachstum ein Ende.

Hier wird wieder einmal deutlich, was für alle exkolonialen Länder gilt: In einer Zeit, in der die Weltwirtschaft von einigen hochentwickelten kapitalistischen Staaten beherrscht wird, ist es unmöglich,

eine international konkurrenzfähige Wirtschaft in einem Land zu entwickeln. Selbst die Probleme, die früher ihre Lösung in einer bürgerlichen Revolution finden konnten — wie die Frage der Landverteilung, die Einigung der Nation, die Schaffung einer bürgerlichen Demokratie — sind auf kapitalistischer Grundlage nicht zu beheben, sondern nur durch eine revolutionäre Massenbewegung mit einem sozialistischen Programm unter Führung der Arbeiterklasse.

1969 gelang Marcos noch einmal die Wiederwahl. Das Ende des Nachkriegsaufschwungs Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre führte jedoch zu verstärkten Unruhen. Um die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern zu stoppen, verhängte Marcos 1972 mit der Unterstützung der USA das Kriegsrecht. Sein Gegenkandidat Benigno Aquino wurde verhaftet und die bürgerliche Opposition zerschlagen. Streiks wurden für ungesetzlich erklärt, Gewerkschaftsführer verhaftet, gefoltert, ermordet. Tausenden Oppositionellen erging es genauso.

Die Stärke des Militärs wurde in

Trauriger Marcos — das Volk ließ nicht mehr mit sich machen, was er wollte.

Doch der sich auf die Bauern stützende Guerilla-Kampf ist langwierig und blutig. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt: die Massenbewegung in den Städten hat vermocht, was jahrelanger Guerilla-Kampf nicht fertigbrachte, nämlich Marcos zu vertreiben. Die Arbeiterklasse und die städtische Armut muß um ein soziales Programm organisiert und mobilisiert werden; sie muß die Bauern und Landlosen mit einem Agrarprogramm hinter sich bringen. Nur so können Kapitalismus und Großgrundbesitz gestürzt und eine sozialistische Demokratie durch Beteiligung der gesamten Massen errichtet werden. Aus marxistischer Sicht ist die Guerilla-Taktik daher abzulehnen.

Durch die Wahlen versuchte Marcos, angesichts der Unruhe im Volk, seine Glaubwürdigkeit zu demonstrieren — aber, wie wir gesehen haben, die Unterdrückten ließen sich nicht für dumm verkaufen. Hunderttausende demonstrierten in den Städten gegen den offensichtlichen Wahlbetrug, drohten mit Generalstreik.

Die US-Bourgeoisie spaltete sich über die Frage nach dem besten

schäftigung betroffen.

Zwar gibt es einen festgesetzten Mindestlohn von ca. 7 DM pro Tag, aber die Regierung erteilt den Unternehmen Sondergenehmigungen, diese Grenze noch zu unterschreiten. Die Arbeiter werden oft zu Überstunden gezwungen, und die Arbeitspausen sind sehr kurz. Verkäuferinnen z.B. kriegen nur 3 Minuten Zeit genehmigt, um zur Toilette zu gehen. Wenn sie heiraten, werden sie entlassen.

## Keine Lösung auf kapitalistischer Basis

Noch feiern die Menschen das neue Regime. Aber wie stehen die Chancen, daß ihre Hoffnungen erfüllt werden? Frau Aquino trat an mit dem Versprechen, das Streikrecht zu liberalisieren, den Bauern zu helfen, die politischen Gefangenen zu entlassen und etwas gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu unternehmen. Auch wird jetzt diskutiert, den riesigen Besitz von Marcos zu verstaatlichen. Aber schon jetzt weisen die Militärs Frau Aquino in ihre Schranken: Sie soll sich ihrer Kontrolle unterwerfen, und der bürgerliche Staatsapparat soll unangetastet bleiben.

Nun bleibt die Wahl: Entweder Aquino beugt sich dem Druck der Militärs. Das bedeutet, daß — unter der gegebenen wirtschaftlichen Situation und mit der Aussicht auf eine weitere Verschlechterung mit dem Einsetzen der nächsten internationalen Rezession — eine Rückkehr zu den Unterdrückungsmaßnahmen des Marcos-Regimes unumgänglich ist. Aber die Bevölkerung würde das nicht ruhig mit sich geschehen lassen.

In Abwesenheit einer großen, sozialistisch orientierten Arbeiterorganisation würde die Guerilla wahrscheinlich Zulauf erhalten. Ein revolutionärer Umsturz ähnlich wie in Nicaragua wäre dann eine mögliche Perspektive.

Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß Frau Aquino unter dem Druck der Massen weiter gehen muß als sie geplant hat. Ausgehend von einer möglichen Verstaatlichung des Marcos-Vermögens könnte durch Druck von unten eine Welle weiterer Verstaatlichung folgen. Landbesetzungen könnten zu einer raschen Landreform zwingen.

Es könnte sich also eine Entwicklung anbahnen wie bei der cubanischen Revolution. Auch Castro begann als bürgerlicher Reformator, sah sich aber schnell mit dem Widerstand der in- und ausländischen Reaktion konfrontiert. Gestützt auf eine Massenbewegung griff er dann zu revolutionären Maßnahmen, was schließlich zur Errichtung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaates führte.

Ein derartiger Staat könnte zwar durch eine Planwirtschaft die materielle Situation der Bevölkerung verbessern, jedoch wäre er nicht in der Lage, alle wirtschaftlichen Möglichkeiten auszunutzen, solange die bestimmende Macht eine Bürokratie und nicht ein demokratischer Arbeiterstaat ist.

Welche dieser beiden Möglichkeiten eintreten wird, hängt wesentlich davon ab, wie lange der Vertrauensvorschuß, den die Bevölkerung Frau Aquino gegeben hat, anhält.

Dieter Janssen, Stuttgart  
Jungsozialist



## Internationale Notizen

### Indien

Ein eintägiger Generalstreik in 16 von 22 Provinzen legte weite Teile des Landes lahm. Mehr als 5.000 Menschen wurden verhaftet. Der Grund für die Auseinandersetzungen: Preiserhöhungen für Getreide, Dünger und Petroleumprodukte. (27.2.86)

### Südafrika

12.000 schwarze Bergarbeiter traten in den Streik, als Protest gegen die Verhaftung von 9 Kollegen. (26.2.86)

### Peru

450.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes streikten für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und die Wiedereinstellung entlassener Kollegen. (6.2.86)

### Griechenland

Seit dem 4.2. folgt erneut eine Streikwelle durch das Land. Sie richtet sich gegen das Sparprogramm der Regierung Papandreu. Der vorläufige Höhepunkt war ein eintägiger Streik in Athen am 27.2., an dem sich zehntausende Arbeiter beteiligten.

### Finnland

Im größten Streik seit 30 Jahren kamen Schlüsselbereiche der Industrie und der gesamte Außenhandel zum Stillstand, als 240.000 Arbeiter um höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung streikten. (13.3.86)

### USA

Die Stahlarbeitergewerkschaft der USA hat ihre Mitglieder zum Streik aufgerufen, nachdem Lohnverhandlungen im Bereich der Verpackungsindustrie gescheitert waren. Betroffen waren 13.000 Arbeiter in 75 Firmen. (19.2.86)



Wird Frau Aquino die Probleme — Armut, Arbeitslosigkeit, Landverteilung — lösen können?

den neun Jahren des Kriegsrechts bis 1981 auf 285.000 Mann verdreifacht. Dazu kommt eine „Bürgermiliz“ mit 80.000 und eine Geheimpolizei mit weiteren 50.000 Mann.

## Arbeiter und Bauern kämpfen

Aber trotz dieses Jahrzehnts brutalster Unterdrückung war die Tatsache, daß Marcos dieses Jahr Präsidentschaftswahlen veranlassen mußte, ein Zeichen der defensiven Stellung, in die das Regime gedrängt worden war. Während der letzten Jahre hatte es — trotz Illegalität und Terror — eine massive Streikwelle gegeben: Nach offiziellen Angaben allein 400 Streiks letztes Jahr mit einem Verlust von 2,44 Mio. Arbeitstagen. Auf die Unterdrückung antworteten die Arbeiter mit wachsender Kampfbereitschaft und größerer Mobilisierung.

Gleichzeitig mit der Streikbewegung, den Demonstrationen und Aufständen in den Städten erzielten die maoistisch orientierten Guerilleros auf dem Land beachtliche Erfolge — gegen die von den USA bis an die Zähne bewaffneten, aber demoralisierten Staatstruppen.

Weg, das Schlimmste zu verhüten — nämlich die Revolution und damit das Ende der kapitalistischen Herrschaft auf den Philippinen. Die Gruppe, die für „Nachgeben“ plädierte, setzte sich schließlich durch, und so forderte Präsident Reagan Marcos auf, sich geschlagen zu geben und das Land zu verlassen.

## Elend und Armut

Aber Corazon Aquino und ihre Partei treten ein schweres Erbe an. Heute kontrollieren weniger als 1% der Bevölkerung 70% der Wirtschaft. Allein 349 Gesellschaften gehören Marcos. Riesige Profite werden von US-Gesellschaften einkassiert.

70% der 54,7 Millionen Köpfe zählenden Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Allein in Manila gibt es 1600 Prostituierte im Alter zwischen 9 und 16 Jahren. Auf dem Lande sind 3 Millionen Bauern landlos. 70% der Filippinos leiden an Unterernährung. 53% der ländlichen Bevölkerung verfügen nicht über sauberes Trinkwasser. 86% der Familien in den Städten leben in Slums. 3/4 der Bevölkerung sind von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbe-

Interview mit Nancy Klein, 16 Jahre, Schülerin aus Köln-Kalk, SPD-Neumitglied

# „Ich hatte mir das aktiver vorgestellt“

Du bist vor kurzem in die SPD eingetreten. Was hat Dich dazu veranlaßt?

Als ich das erste Mal eintreten wollte, war ich 14, aber das ging noch nicht. Das war 1983, als die Schmidt-Regierung gestürzt worden war. Da dachte ich, die brauchen jetzt bestimmt Unterstützung und Nachwuchs.

Wie bist Du denn auf die SPD gekommen? Durch Familie oder Schule?

Nein, durch meine Eltern eigentlich nicht. Auch in der Schule haben wir nicht direkt über Parteien gesprochen. Ich habe mir einfach die Parteiprogramme aller Parteien geholt und durchgelesen, also von CDU, FDP und SPD. Dann bin ich zu Veranstaltungen gegangen und hab mir das mal angehört. Ja, und so ist dann mein Entschluß zustande gekommen.

Und das alles mit 14 Jahren?

Ja, die Programme hatte ich schon früher gelesen, aber dann mit 14 bin ich zu den Veranstaltungen gegangen. Ich hab dann mal nachgefragt, aber mit 14 durfte ich noch nicht eintreten. Das war im Juni 1985. Ich wollte aktiv mitarbeiten und was an der Politik ändern. Besonders gegen diese CDU-Regierung wollte ich was unternehmen.

Auf welchen Veranstaltungen warst Du denn da?

Das waren Wahlkampfveranstaltungen und Wahlparteitage. Das fand ich sehr interessant. Aber die wollten halt nicht meine Interessen vertreten. Die FDP war bei mir schon von vorne herein abgeschrieben, wegen ihres Verhaltens beim Regierungswechsel.

Die SPD dagegen setzte sich mehr für Fortschritte in der Sozial- und Bildungspolitik ein, und das finde ich ganz wichtig. Ich bin den Meinung, daß die sozialen Leistungen, die gekürzt wurden, wieder geleistet werden sollten.

Was ist Deiner Meinung nach die Hauptaufgabe der Partei jetzt im Wahlkampfjahr?

Auf jeden Fall muß die Partei wieder mehr an die jüngeren Leute ran. So bis 25 Jahre. Sie müßte mehr Aufklärung betreiben an den Schulen, was die SPD überhaupt will. Sie sollte mehr in der Bildungspolitik tun und mehr Öffentlichkeitsarbeit machen. Außerdem muß sie sich eindeutig für Sozialleistungen einsetzen.

Nach draußen wird einfach zu wenig getan von der Partei. Es gibt immer nur Treffen und Gelaber, aber getan wird nichts. Okay, dann sagen sie, sie haben zu wenig Zeit und so viele Termine. Aber dann darf ich nicht in eine Partei eintreten und mich zum Vorsitzenden oder so wählen lassen, wenn ich nichts tun kann. Ich bin wirklich enttäuscht von dem was läuft. Ich hatte mir das etwas aktiver vorgestellt.

Zun Schluß noch die Frage: wie gefällt Dir VORAN?

Die Zeitung gefällt mir ganz gut. Besonders was letztens über Lafontaine drinstand.

Was denkst Du über Lafontaine?

Also, wenn der das mit dem Saarland geregelt kriegt, dann wird er mal der Politiker der Zukunft. Der könnte populär werden. Ich halte ihn für gut.



Landesdelegiertenkonferenz Hamburg

# Sozialismus, na klar- aber wie?

Auf ihrer letzten Landesdelegiertenkonferenz im März haben die Hamburger Jusos eine Diskussion über eine sozialistische Gesellschaftsanalyse und ein entsprechendes Programm begonnen. Der Leitantrag versucht, von einer marxistischen Analyse auszugehen und ist deshalb ein Schritt nach links. Aber wegen wesentlicher Widersprüche wurde er nur als Grundlage einer beginnenden Diskussion angenommen.

Der Leitantrag machte klar, daß im Rahmen einer kapitalistischen Krise die „akuten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme dauerhaft nicht zu bewältigen“ sind. Auch wurde deutlich, daß ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm der einzige Ausweg ist. Und: „Eine sozialistische Perspektive kann, ebenso wie die Durchsetzung kurzfristiger Forderungen, nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, Mehrheiten zu gewinnen und Massen zu mobilisieren.“

Doch als es um die Umsetzung dieser Erkenntnisse in ein konkretes Programm ging, zog die Mehrheit der Konferenz nicht die notwendigen Schlußfolgerungen. Ein Antrag der AG Altona-Altstadt-Nord, der im Kern die Verstaatlichung des Großteils der Wirtschaft und demokratische Wirtschaftsplanung forderte, wurde als „Wunschskatalog“ bezeichnet und abgelehnt.

Viele Delegierte lehnten es ab, im kommenden Wahlkampf mit der Parole „Für eine absolute SPD-Mehrheit“ anzutreten, weil sie dieses für völlig unrealistisch hielten. Zu diesem Zeitpunkt wußten sie noch nicht, daß die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein der SPD Wäh-

lerzuwachs und die Mehrheit in vier Städten brachte!

Angesichts des Rechtssozialdemokraten Hans Apel an der Spitze der Hamburger Kandidatenliste stellten viele Genossen die Frage, ob wir uns überhaupt am Wahlkampf beteiligen sollten. Diese Genossen machen einen großen Fehler. Wir ziehen schließlich nicht für eine Person in den Wahlkampf, sondern für die SPD und für ganz bestimmte, sozialistische Inhalte. Wir müssen die Kohl-Regierung loswerden. Und welche Alternative gibt es dazu außer einer SPD-Mehrheit mit sozialistischer Politik?

## Wahlkampf

Die skeptische Einstellung vieler Jusos widerspiegelt die ungesunde soziale Zusammensetzung der Jusoführung. Alle neun Mitglieder des neuen Landesvorstandes sind z.B. entweder Studenten oder Akademiker. Um eine richtige Vorstellung von der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu bekommen, ist es dringend nötig, junge Arbeiter zu gewinnen und zu fördern.

Mit dem auf der Konferenz beschlossenen Aktionsprogramm zur Jugendarbeitslosigkeit und der eigenständigen Wahlkampagne haben wir die Gelegenheit, junge Arbeiter und Schüler zu den Jusos zu bringen und gleichzeitig unter der Jugend und der SPD-Basis sozialistische Ideen zu verbreiten.

Brent Kennedy, Hamburg  
Jungsozialist

## Werbung

# Milliarden für den Müll

Ein kolossaler, aber im eigentlichen Sinne unproduktiver Industriezweig hat sich innerhalb der letzten 80 Jahre aus einem unbedeutenden Beruf, dem Marktschreier, entwickelt. Und tatsächlich gebärdet sich unsere immer grinsende, quasselnde, proper-blank-polierete Werbung wie ein ins Gigantische übersteigter Fischverkäufer vom Hamburger Hafen.

Die Methoden der modernen Werbung sind ähnlich wie die des Marktschreiers, nur perfekter und raffinierter. Es werden z.B. ganze Heere von Meinungsumfragern beschäftigt, die ausspionieren sollen, für welche Reize der Verbraucher am empfänglichsten ist.

Verkehr	1015
Getränke	798
Banken, Versicherungen	788
Bildung, Unterhaltung	561
Haus und Garten	490
Textilien, Bekleidung	365
Dienstleistungen	343
Tabak	305



Hans Peter Dostert 3.3.86

Während früher die laute Stimme des Verkäufers das einzige Werbemittel war, gibt es heute Werbeaufkleber, Prospekte, Anzeigen, Plakate, Werbefilme, und auch das Radio läßt laufend einen Schauer von Verheißungen auf uns niederprasseln. So ist es zu erklären, daß in der BRD 1984 10,2 Milliarden DM für Werbung (ohne Direktwerbung) ausgegeben wurden. Das sind 6% mehr als im Vorjahr.

Diese Summe teilt sich wie folgt auf:

Handel	1364
Kosmetik, Pharmazie	1150
Nahrungsmittel	1054

(Alle Angaben in Millionen DM)

Für sachliche Informationen wären die Kosten wesentlich geringer. Doch es geht nicht darum zu informieren, sondern darum, daß möglichst viel gekauft wird. Deshalb spiegelt uns die Werbung täglich idealisierte Traumwelten vor:

Mondäne Gestalten, jung und erotisch, die eine bestimmte Spirituosenart schlürfen; Männer wie Cowboys, Trucker oder Abenteurer bändigen mit ihrer Zigarette zwischen den Lippen die unberührte Natur. Die verliebten jungen Leute schenken sich Pralinen und die glückliche Familie ist noch glücklich-

cher durch eine Tasse XY-Kaffee. Mit dem Medikament wird man noch gesünder, Alkohol macht frei, Nikotin entspannt, dann einen Kaffee hinterher, um wieder wach zu werden, und so weiter. Noch ein Löckchen mehr im Haar, ein noch bunterer Lippenstift und dieses Kleid mit dem tollen Mantel, und man ist beliebt, begehrt und erfolgreich.

Die Kehrseite der Medaille sieht so aus, daß es in der westlichen Welt fast keine geistig und körperlich gesunden Menschen mehr gibt: Zuckerkrankheit, Übergewicht, Lungenkrebs, Darmkrebs, Neurosen, Nervosität, schlechte Zähne und Augen, Krampfadern, Bandscheiben- und Gelenkschäden sind die Regel sogar schon bei jüngeren Leuten.

Diese Probleme wären leicht durch Nahrungsumstellung und vernünftiger Lebensweise zu lösen. Allerdings ist das nicht günstig für den Absatzmarkt. Der kranke und drogenabhängige Mensch konsumiert mehr, und er braucht eine Brille, ein künstliches Gebiß, ein Fernsehgerät, weil er einsam ist...

Auch Streß ist ein guter Konsumsteigerer, dadurch konnte man den Fruststopper erfinden, etwa in Form von Bonbons, Keksen oder Schokoriegeln, die „verbrauchte Energie sofort zurückbringen“.

## Schnick-Schnack

Nicht nur das „Was“ ist oft sinnlos oder gar gefährlich, sondern auch das „Wie“. So ist doch die Frage, ob unbedingt eine Verkaufsverpackung und eine Gebrauchsverpackung und eine Plastiktüte notwendig sind, wenn man eine Tube Zahnpasta kauft. Wohin mit all dem Abfall? Aber: All das bedeutet wieder einen Aufpreis, und außerdem sind diese „Schnick-Schnack“-Sachen gute Werbeträger. Worin besteht auch sonst der Unterschied zwischen Colgate und Pepsodent?

Praktische und vernünftige Dinge dagegen wie zum Beispiel die Pfandflasche werden zugunsten der Einwegpackungen zurückgedrängt. (Eine Pfandflasche wird bis zu 60 Mal wiederverwendet). Glas kann unbegrenzt eingeschmolzen werden, Kunststoff dagegen nur ein Mal. Deshalb ist die PET-Flasche von Coca-Cola vom Umweltschutz her gesehen auch völliger Schwachsinn.

Alle Produkte haben eine technisch vorkalkulierte Sollbruchstelle. Die Werbung verschweigt solche Mängel natürlich. Sie ist eben der Mund dieser kapitalistischen Gesellschaft und hier gilt: Wer am besten lügt, verkauft am meisten.

Hans-Peter Dostert, Köln  
Jungsozialist

# Buch Staat und Revolution

Lenins Schrift „Staat und Revolution“, im August des Jahres 1917 beendet, stellt ein zentrales Werk der marxistischen Staatstheorie dar. Lenin verfaßte es aus der Erkenntnis heraus, daß der Zeitpunkt zur sozialistischen Revolution herangereift sei und daß zum Erfolg dieser Revolution das Verständnis der marxistischen Lehre in ihrer Gesamtheit notwendig sein würde.

In seinem Werk bringt Lenin die Grundzüge der marxistischen Staatstheorie auf den Punkt, d.h. er beschreibt konkret, wie die Arbeiter den Staatsapparat übernehmen und aus der bürgerlichen, kapitalistischen Herrschaft die proletarische Herrschaft, d.h. die Arbeiterdemokratie, formen müssen, um dann ihre gewonnene Macht allein zum Zweck der Auflösung der Klassengesellschaft und damit jeder staatlichen Macht anzuwenden. Der Staat, so erklärten schon Marx und Engels, besteht letzten Endes aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“, die einen Zweck erfüllen: Die Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere. Wenn aber mit der Arbeiterklasse erstmals in der Geschichte die Mehr-

heit der Bevölkerung die Staatsmacht erobert, so führt dies letztendlich dazu, daß der Staat abstirbt und eine neue Gesellschaft frei von Bürokratismus entsteht.

Lenin macht also ganz klar, daß es nicht darum gehen kann, die alte Gesellschaft einfach mit einer neuen Verwaltung zu versehen, sondern daß vielmehr die Arbeiter die Staatsmacht übernehmen, um den alten Staatsapparat „um so sicherer zerschlagen zu können“.

Immer wieder findet der Leser Lenins dringliche Mahnung bezüglich der ersten und wichtigsten Maßnahmen, die zur Sicherung und zum Ausbau der sozialistischen Demokratie und der Verhinderung von Bürokratismus und Karrieristentum getroffen werden müssen:

1. Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre.
2. Kein Funktionär darf über Facharbeiterlohn bezahlt werden.
3. Anstelle des Berufsbeamten: Gemeinsame Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.
4. Auflösung des stehenden Heeres und allgemeine Bewaffnung unter Kontrolle der Arbeiterräte.
5. Absolute Freiheit der Kritik

und politischen Betätigung.

Anhand dieser Punkte wird deutlich, wo die Sowjetunion heute steht, denn diese nach 1917 ansatzweise durchgeführten Maßnahmen wurden unter Stalin mit System demonstert.

Heute zeigen die wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen in aller Welt die ungebrochene Aktualität marxistischer Ideen. Der Kapitalismus erweist sich von Tag zu Tag immer mehr als Hemmnis für den weiteren Fortschritt der Menschheit. Nur eine grundlegende Umgestaltung zur weltweiten sozialistischen Demokratie kann brennende Fragen unserer Zeit endgültig lösen und eine neue Qualität von menschlichem Zusammenleben schaffen.

„Staat und Revolution“ ist gerade heute ein unumgängliches Buch für jeden aktiven Sozialisten, Leitfadens für die praktische Arbeit und unentbehrliches Verteidigungsmittel gegen alle jene, die mit den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus gebrochen haben.

Thomas Schmitz, Krefeld  
Mitglied der SPD und Falken

# VORAN

## Rettet die Kaufhäuser!

In letzter Zeit hört man öfter von drohenden Schließungen bei Kaufhausfilialen, wie jetzt bei Hertie in Dortmund, Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel. Aber nicht nur bei Hertie kriselt es. Auch die anderen Riesen Horten, Karstadt und Kaufhof haben wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Seit 1979 erleben sie einen Abwärtstrend bei ihren Umsätzen. Durch steigende Arbeitslosigkeit und Reallohninbußen sank die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Konzerne versuchten, ihre Gewinne durch verstärkte Rationalisierung zu retten.

### Arbeitsplatzabbau

In den Jahren 1980-83 verloren 10.400 Beschäftigte bei Hertie, 12.574 bei Kaufhof und Unternehmenstochter Kaufhalle, 8.895 bei Karstadt und 5.098 bei Horten ihren Arbeitsplatz. Dadurch konnte der Warenumsatz pro Verkäufer/in um 28% gesteigert werden. Das bedeutet enorm gestiegenen Streß für das Personal.

Das reichte jedoch nicht, um die Probleme zu lösen. Steigende Arbeitslosigkeit und der Trend der Käufer, in billigeren „Verbrauchermärkten“ zu kaufen, führten zu einem weiteren Umsatzrückgang.

### Rationalisierung

Durch weitere Rationalisierung sollen die Kosten gesenkt werden. So sollen z.B. durch EDV-gestützte Warenwirtschaftssysteme zehntausende Arbeitsplätze im Bereich Lagerhaltung und Betriebsabrechnung eingespart werden.

Außerdem soll die Struktur der Kaufhäuser verändert werden. In Städten mit gutem Umsatz sollen sie in Nobelläden umgewandelt werden. Horten hat bereits solche Lu-

släden in Düsseldorf und Wiesbaden. Waren des Grundbedarfs werden hier nicht mehr angeboten. Das verbleibende Angebot ist teilweise um bis zu 50% teurer als in normalen Kaufhäusern.

In Städten mit schwächerem Umsatz soll das breite Warenangebot beschnitten werden: Ausbau gutgehender Abteilungen und Schließung der anderen. Dieses Konzept des „selektiven Kaufhauses“ führt zwangsläufig zu weiterem Personalabbau.

In anderen Städten sollen die Kaufhäuser in SB-Warenhäuser umgewandelt werden. In Städten mit schlechtem Umsatz stehen Schließungen bevor, wie in den Ruhrgebietsstädten Dortmund, Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel, in denen Hertie dichtmachen will. Dadurch würden 800 Verkäufer/innen arbeitslos. Bei 4.000 arbeitslosen Warenkaufleuten allein in Dortmund sind das katastrophale Zukunftsaussichten für die Betroffenen.

### Teilerfolge bei Hertie

Gegen die Pläne der Konzernleitung, diese drei Filialen zum 31.12.85 zu schließen, setzten sich die Belegschaften zur Wehr. So wurden bei den Käufern Unterschriften gegen die Konzernpläne gesammelt. Die drei Belegschaften verweigerten außerdem die Überstunden für die verkaufsoffenen Samstage vor Weihnachten. Diesem Überstundenboykott schlossen sich die Betriebsräte von 9 weiteren Filialen an.

### IG Metall-Tarifrunde

## Kampf um Löhne und Streikrecht verbinden

Am 6. März nahmen mehr als eine Million Kollegen an den Aktionen der Gewerkschaften gegen die geplante Änderung des § 116 AFG teil. Diese große Beteiligung an Demonstrationen und Kundgebungen während der Arbeitszeit — trotz Einschüchterungsversuchen der Unternehmer — zeigte sogar noch größere Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft als in der DGB-Aktionswoche im vergangenen Oktober.

Jetzt muß der Schwung genutzt werden: Im März laufen die Lohnverträge für 6,1 Mio. Beschäftigte, vor allem in der Metallindustrie, aber auch in den Bereichen Bau, Druck, Versicherungen, Handel und Verkehr, aus.

Die IG-Metall fordert zum 1. April 1986 zwischen 6 und 7,5% mehr Lohn. Die große Tarifkommission für die drei Bezirke Baden-Württembergs hat bereits festgelegt: 150 DM, aber mindestens 7% mehr Lohn und Gehalt. Die IG Metall will, bevor sie weiter um Arbeitszeitverkürzungen verhandelt, die Löhne deutlich anheben.

Wir erleben im Moment den Schulterschluß von Unternehmern und Regierung gegen die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften z.B. bei der geplanten Änderung des § 116. Die Einzelgewerkschaften sollten ebenfalls gemeinsam kämpfen und eine koordinierte Kampagne durchführen. Mit einer wirklich breit angelegten Mobilisierung der Kollegen zu Tarifforderungen und zur Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte sind größere Erfolge möglich.

An der Kampfbereitschaft der Arbeiter, ob es nun um Warnstreiks gegen die Änderung des § 116 AFG oder um Tarifforderungen geht, kann kein Zweifel sein. Stimmung für eine härtere Auseinandersetzung ist vorhanden. Gerade diese Stimmung müßte dazu genutzt werden, um im DGB gemeinsam zu mobilisieren. Erstens um die Änderung des § 116 AFG zu verhindern, und zweitens um die Tarifforderungen durchsetzen zu können. Der Streit um den § 116 AFG und die Tarifverhandlungen dürfen nicht getrennt voneinander behandelt werden.

Monika Stark  
Juso-AG Stuttgart-Mitte

Dadurch wurde die vorläufige Aussetzung der Schließungen erreicht.

Das Hertie-Management will ein neues Gesamtkonzept bis März vorlegen, in dem auch auf alle Problemhäuser eingegangen werden soll. Die daraus folgenden Maßnahmen sollen mit den Betriebsräten erörtert werden. Auch dieses neue Konzept wird wohl Arbeitsplatzabbau und vielleicht auch die Schließung von Filialen beinhalten.

Dagegen bleibt zu fordern:

- Offenlegung der Geschäftsbücher, damit die Belegschaft sehen kann, wo die Gewinne der fetten Jahre hingegangen sind
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen

- Mindestlohn von 1500 DM für alle
- Erhalt aller Arbeitsplätze
- Keine Schließungen

Wenn Banken und Konzernleitung diese elementaren Ansprüche verweigern, müssen wir als Antwort für die Verstaatlichung aller Kaufhäuser unter demokratischer Kon-

trolle der Beschäftigten eintreten.

Die Gewerkschaften müssen sofort eine Kampagne in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und den ganzen Belegschaften organisieren. Die Betriebsräte der verschiedenen Kaufhauskonzerne müssen sich treffen und ein gemeinsames Vorgehen absprechen. Auf Betriebsversammlungen können die Einzelheiten der geplanten Aktionen diskutiert werden, z.B.: Gemeinsame Öffentlichkeitsinformation, Unterschriftensammlungen, Streikmaßnahmen und — wenn nötig — auch Besetzung der Kaufhäuser durch die Beschäftigten.

Bei Hertie mußte die Geschäftsleitung wegen des Drucks der Belegschaft die Schließung vorerst aussetzen. Wenn jetzt der Kampf gemeinsam fortgeführt wird, können die Kaufhäuser gerettet werden.

Tim Kuhlmann, Remscheid  
Jungsozialist



Die Arbeit ist hektisch und schlecht bezahlt, doch der Profit reicht den Bossen immer noch nicht. Viele Kaufhäuser sollen geschlossen werden.

### Tarifrunde 86

# Gedanken eines Postlers

Fast habe ich ein gutes Gefühl, als ich vom Ausgang der diesjährigen Lohn- und Gehaltsrunde im öffentlichen Dienst höre, was höchstwahrscheinlich auch auf uns Postler übertragen wird: 3,5% mehr Lohn — hört sich schon gut an, wenn man bedenkt, daß Zimmermann und Schwarz-Schilling letztes Jahr noch eine Nullrunde forderten.

Die 150 DM mehr Urlaubsgeld sind auch nicht zu verachten, und vor allem freue ich mich über ein Ergebnis, das mich eigentlich gar nicht direkt betrifft: die Kürzungen bei den Krankenpflegeschülern sind vorläufig zurückgenommen worden.

### Warnstreiks

Das ist die gute Seite — das hat die Gewerkschaft aber nur deshalb vor wenigen Tagen erreicht, weil letzte Woche einige hunderttausend Kollegen aus der ganzen Bundesrepublik in den Warnstreik getreten sind.

Es wäre aber wesentlich mehr „drin“ gewesen, wenn die Gewerkschaftsführungen von ÖTV und

DPG diese Verhandlungen offensiver geführt und die Kollegen besser aufgeklärt hätten.

Das wird mir bewußt, wenn ich daran denke, wie ich mich für meine lausigen 1300 DM (netto) jeden Tag abrackern muß. Jeden Tag eine andere Schicht (bis zu 16 Stunden) — natürlich keine 5-Tage-Woche —, jeden Tag dasselbe dreckige Postamt, jeden Tag dieselbe monotone Tätigkeit im „Briefabgang“ (für den Laien: Briefe in Säcke werfen) des Postamts 9 in Stuttgart, jeden Tag im Neonlicht stehen — weil meine Abteilung unter der Erde liegt —, egal, ob es mittags um 2 Uhr oder nachts um 4 ist, jeden Tag dieselbe Ausbeutung, und jeden Tag wachsen die Profite der sogenannten Herrschaften.

Gut, die (knappen) 1300 DM sind jetzt 1350 DM, aber bei 500 DM Miete, einem Auto, den täglichen Ausgaben fürs Essen und den Erhalt meiner Arbeitskraft kann man so oder so keine großen Sprünge machen. (An eine Familiengründung oder ähnliches ist da eh nicht zu denken.)

Ein Kollege brachte es neulich in der Mittagspause auf den Punkt:

„Unser Lohn gehört um mindestens 20% erhöht.“

### 20% mehr nötig

Das ist die Sache: Die miesen Löhne aller Kolleginnen und Kollegen, die unter solchen Bedingungen arbeiten, gehören um mindestens 20% erhöht. Gleichzeitig muß unsere Nachtschichtzulage von derzeit 75 Pfennigen in der Stunde kräftig erhöht werden. Desweiteren müssen die Arbeitsbedingungen humanisiert und die Arbeitszeit drastisch verkürzt werden.

Weil ich bezweifle, daß uns Arbeitern (und mich kleinen Beamten zähle ich zur Arbeiterklasse) das geschenkt wird und denke, daß diese gerechten Forderungen letztendlich nur im Sozialismus erfüllt werden können, bin ich in dieser Richtung bei den Jusos und in der Gewerkschaft aktiv!

Jeder sollte sich mit diesen Problemen auseinandersetzen und dann mit uns für eine sozialistische Zukunft kämpfen!

Hermann, Juso-AG Stuttgart-Süd



## Unterstützt

# VORAN

Ich abonniere  6 Ausgaben 9,60 DM  
verkaufe  Exemplare  
spende  DM

Ich möchte VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name: .....

Anschrift: .....

.....

.....

An: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1  
PschA Essen, Konto 2500 59-430  
BLZ 36010043